

Maurmer-Sonderpost

Liebe Leserinnen und Leser

Bestimmt haben Sie bereits von der geheim durchgeführten Privatisierung der einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen zu privaten Kapitalgesellschaften gehört.

In diesem Sinn wollte der Verfasser in der Maurmer Post (MP) das rechts abgebildete Inserat publizieren, in der Absicht, Ihnen aufzuzeigen, dass dieser geheime Prozess nur ein Teilprozess von übergeordneten Prozessen ist und sehr gefährliche Ausmasse angenommen hat.

Die Maurmer Post schreibt in ihren Redaktionsrichtlinien, dass die Zeitung behördenunabhängig und parteipolitisch neutral über das Gemeindeleben in all seinen Facetten berichte, als Forum diene, in dem sich Behörden sowie Einwohnerinnen und Einwohner äussern können, den Dialog innerhalb der Gemeinde fördere, und als offizielles Amtsblatt fungiere.

In den Insertionsbedingungen steht wohl, dass kein Anspruch auf Publikation von Inseraten bestehe, sowie, dass sich die MP vorbehalte, Inserate wegen des Inhalts und der Herkunft abzulehnen.

Die Ablehnung des Inserates

In diesem Sinn wurde die Anfrage vom 21. März zur Aufgabe eines Inserates am folgenden Morgen postwendend abgelehnt.

Die Ablehnung des Inserates wurde in Absprache mit der leitenden Kommission der MP entschieden. Aufgrund der Insertionsbedingungen ist sie Absage selbstverständlich korrekt. Wenn in den Redaktionsrichtlinien, jedoch das Maul voll genommen und behauptet wird, dass behördenunabhängig und parteipolitisch neutral über das Gemeindeleben berichtet werde, so muss die Absage in einem anderen Licht gesehen werden, erst recht, wenn die MP als offizielles Amtsblatt fungiert. Mit dieser Absage geht es deshalb nicht darum, ein Inserat zu verwei-

Die versteckte Agenda wird immer offensichtlicher und menschenfeindlicher

Die geheime Privatisierung der einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen zu Kapitalgesellschaften nimmt immer betrügerische Ausmasse an und die angeblich Verantwortlichen versuchen sie immer mehr zu vertuschen.

Diese Privatisierung ist ein Teilprozess von übergeordneten Prozessen, die seit langer Zeit ablaufen.

Einer dieser übergeordneten Teilprozesse ist die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht durch die Parlamente in Bund und Kantonen. Diese Aufdeckung wurde im Jahre 2005 bewiesen.

Die Folge dieser vorsätzlichen Unterlassung ist, dass die Gerichte begannen, vorsätzlich willkürlich zu urteilen. Die Parlamente haben davon Kenntnis, lassen sie jedoch gewähren.

Die Gerichte sind weder unabhängig noch unparteiisch und die Beteiligten wissen, dass sie systematisch Verbrechen begehen.

Das Parlament hat damit nicht nur sich selbst, sondern gleichzeitig auch das Volk entmachtet. Wem hat es die Macht übertragen?

Parlamente, Regierungen und Gerichte agieren daher vorsätzlich gegen das Volk, auch wenn sie etwas anderes vortäuschen.

Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung geht es daher nicht bloss um die Klärung von politischen Fragen, sondern um Sein oder Nicht sein auf beiden Seiten, der Politik und der Verwaltung sowie den dahinterstehenden Kreisen einerseits und dem Volk andererseits.

Details unter www.brunner-architekt.ch à Politik à Div. Korrespondenzen ab 2020 à Allgemein à Flyer à Flyer vom 21. März

gern, sondern um eine Diskussion zu verhindern, die die ganze Gesellschaft im Grundsatz trifft.

Allgemeine Hinweise zu der Privatisierung

Man kann sogar auf einer Homepage einer amerikanischen Universität nachlesen, dass die Schweiz wie viele andere Nationen als Aktiengesellschaft bezeichnet wird. Wann haben Sie je darüber abgestimmt, dass die Schweiz in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll? Sie wurde am 18. Februar 2014 gegründet. Seither ist die Schweiz eine einzige Holdinggesellschaft. Wie heissen die Aktionäre?

Die Gemeindeverwaltung Maur und das Betriebs- bzw. Gemeindeammannamt

Gemäss den Datenbanken monetas.ch und dnb.com wurde die *Gemeindeverwaltung Maur* im Jahre 2013 in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt. Auch die *Primarschule* und das *Schulhaus Aesch* werden als Unternehmen bezeichnet. Bis ins Jahre 2010 hatte die Gemeinde Maur noch ein eigenes Betriebsamt. Damals wurde es zusammengelegt und heisst nun *Betriebs- und Gemeindeammannamt Fällanden, Maur & Schwerzenbach*. Auf den Datenbanken findet man dazu nur einen Hinweis. Als zeichnungsberechtigt wird der ehemalige Gemeindepräsident Richard Hirt angegeben und zwar als Verwaltungsratspräsident. Das bedeutet, dass dieses «Amt» eine Aktiengesellschaft ist. Deshalb müssten auch die Gemeinderäte und die Gemeindeschreiber der beteiligten Gemeinden davon Kenntnis haben. Sie ignorieren diesen Sachverhalt jedoch grundsätzlich. In Maur nennt sich der Gemeindeschreiber zugleich Geschäftsleiter, womit er sich als Vertreter einer Unternehmung präsentiert.

Als Forstingenieur und Professor an der ETH sass Richard Hirt (1939-2020) von 1981 bis 1990 im Fällender Gemeinderat und amtierte von 2002-2014 als Gemeindepräsident. Von 1989-2007 sass er im Zürcher Kantonsrat und zudem präsiidierte er ihn im Jahre 1999/2000.

Die Zeichnungsberechtigten der Direktion der Justiz und des Innern

Als Vergleich sei die *Direktion der Justiz und des Innern* beigezogen. Sie wird als Tochter- und zugleich als Muttergesellschaft bezeichnet. Zeichnungsberechtigt sind gemäss Datenbank Martin Graf (ehem. Stadtpräsident von Effretikon und Regierungsrat derselben Direktion), Martin Bornhauser (ehem. Jugendanwalt und Stadtpräsident von Uster), Thomas Dähler (baute ab 2004 in Basel nach Vorbild der Zürcher einen regierungsunabhängigen Parlamentsdienst auf) und Ernst Stocker (ehem. Stadtpräsident von Wädenswil und bisheriger Regierungsrat). Die drei letzteren waren alle Kantonsrat und Kantonsratspräsident.

Bei der Tochtergesellschaft *Generalsekretariat der Direktion der Justiz + des Innern* werden wieder Martin Bornhauser, Ernst Stocker und Thomas Dähler sowie Hans Peter Frei und Jacqueline Fehr genannt. Die ersten vier werden als Verwaltungsräte bezeichnet. Frei arbeitete 35 Jahre in der Gemeindeverwaltung Embrach, u.a. in der Finanz- und Steuerabteilung, bis er 2009 Statthalter wurde. Fehr ist die heutige Vorsteherin dieser Direktion. Sie war vorher Kantons- und Nationalrätin. Ihr wird attestiert, sie habe ein exzellentes Netzwerk. Das ist das Netzwerk, das hinter all diesen illegalen und betrügerischen Vorgängen steht.

Zusammenfassung

Aus diesen wenigen Angaben wird wieder bestätigt, dass immer die Parlamente und Regierungen in diese Aktivitäten involviert sind. Deshalb hat beispielsweise die Geschäftsleitung des Zürcher Kantonsrats eine diesbezügliche Beschwerde¹ am 18. August 2022 wieder abgeschmettert,² weil er seine Verbrechen nicht bestätigen will. Die Bundesversammlung möchte das Gleiche tun, zierte sich aber noch, weil sie zuerst wissen will, in welche Richtung die gegenwärtige Ausmarkung geht.

Damit wird einmal mehr bestätigt, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte vorsätzlich gegen das Volk agieren, auch wenn sie etwas anderes vortäuschen.

Die Gemeinde Maur stellt mit Alex Gantner ebenfalls einen Kantonsrat. Auch er ist immun gegen die Themen der Oberaufsicht und der Privatisierung. Er ist zudem Bezirksrat des Bezirk Uster. Weiterer Bezirksrat ist Daniel Frei aus Uster, der ehemalige Kantons- und Nationalrat. Deshalb getraut sich der Präsident des Bezirkesrates, Marcel Tanner in der Funktion als Statthalter, den gleichen Strafbefehl doppelt zuzustellen.³ Das wäre bereits in der Funktion als öffentlich-rechtliche Institution ein Verbrechen. Als ehemaliger Staatsanwalt müsste er das wissen. Das alles bestätigt lediglich, dass sie alle die Privatisierung mit Zähnen und Klauen verteidigen, weil sie sonst auf der Anklagebank sitzen würden.

Die Bedeutung des Entscheides der MP

Die leitende Kommission der MP besteht aus den Mitgliedern Herbert Schmidt (Präsident), Harry Bruppacher, Sascha Heiniger, Karin Scacchi-Schupp und Marlise Schneider. Mit ihrem Entscheid decken sie die skizzierten Verbrechen der Politik, Gerichte und Verwaltungen. Damit verunmöglichen sie vorsätzlich einen Meinungs austausch und verstossen damit nicht nur gegen ihre eigene Redaktionsrichtlinie, sondern ermöglichen es dem kriminellen Netzwerk, ihre Ziele durchzusetzen. Aufgrund der Informationen ist bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, dass drei Mitglieder der Kommission diesem Netzwerk angehören.

Weitere Infos siehe im Link des Inserats.

¹ www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton Zürich à Beschwerde an den Kantonsrat vom 18.08.2022

² www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton Zürich à Beschwerde an den Kantonsrat à Antwort der Geschäftsleitung vom 19.09.2022

³ www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton Zürich à Busse der KAPO Zürich à Einsprache gegen Strafbefehl, zugestellt am 10.02.2023